

13./1. 1915

Der Mehlmangel.

Umgabungen der Wiener Bäcker und
Zuckerbäcker.

Vorgestern fand im Innungshause der Wiener Bäcker eine Versammlung der Bäckermeister statt, zu der fast 700 Meister erschienen waren. Ueber den Hauptberatungsgegenstand der Versammlung, die Mehlnappheit und die dadurch geschaffenen Verhältnisse im Wiener Bäckergewerbe, referierte Hofbäcker German Stumpf. Er kam zu dem Schlusse, daß die Wiener Bäcker von der Erzeugung des Kleingebäcks Abstand nehmen sollen. Nach längerer Debatte nahm die Versammlung eine Resolution einstimmig an, worin erklärt wird, daß angesichts der Knappheit an Weizenmehl die Versorgung der Bevölkerung mit Gebäck in der bisherigen Weise nicht aufrechterhalten werden könne. Die Versammlung richtet daher an die Regierung die Bitte, sofort geeignete Maßnahmen zur Behebung des Mehlmangels zu veranlassen und insbesondere im Verordnungswege durch ein Verbot der Erzeugung von Kleingebäck eine weitere notwendige Ersparnis an Rohmaterial herbeizuführen. Die Erzeugung solle lediglich auf Schwarz- und Weißbrot beschränkt bleiben. Ferner wurde der Genossenschaftsleitung die Ermächtigung erteilt, jedes Quantum Mehl, welches ihr eventuell offeriert werden sollte, für die Genossenschaftsmitglieder anzukaufen.

Besonders arg werden durch den Mangel an Mülser-Weizenmehl die Zuckerbäcker getroffen, weil dadurch die Erzeugung von feinen Bäckereien in Frage gestellt erscheint. Vorgestern fand eine von fast sämtlichen Mitgliedern der Genossenschaft besuchte Versammlung statt, die zur Mehfrage Stellung nahm. Vorsteher Rosenberger gab seinen Bauern Ausdruck, daß es dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner trotz seiner Bemühungen, der Mehlskalamität im Bäcker- und Zuckerbäckergewerbe zu steuern, nicht gelungen sei, auch nur einigermaßen Abhilfe zu schaffen. Viel Schuld an der Mehlnappheit möge wohl der vorherrschende Waggomanangel sein. . . . (Ruf: Und das Spekulantentum!) . . . Schließlich aber sei es die Pflicht der Regierung, einzuschreiten und Abhilfe zu schaffen. Einer der begehrtesten Artikel in der gegenwärtigen Zeit seitens der Spitalsverwaltungen sei der Zwieback für die verwundeten Soldaten. Wie können die Zuckerbäcker aber einen Zwieback erzeugen, wenn kein Mülser-Weizenmehl zu bekommen ist? Das sogenannte Mischmehl könne der Zuckerbäcker nicht verarbeiten. Die Genossenschaft habe in der Mehfrage ihre Pflicht getan, doch alle Eingaben an die Behörden blieben bis heute ohne Antwort, auch die Bitte an die Regierung um Beschaffung von zehn Waggons Mülser-Weizenmehl für die Zuckerbäcker. Es sei leider zu befürchten, daß die Wiener Zuckerbäcker gezwungen sein werden, wenn dem Mehlmangel nicht radikal abgeholfen werde, ihre Betriebe zu schließen und die Arbeiterschaft zu entlassen. Der Redner verlas hierauf ein Schreiben, welches der Bürgermeister durch den Magistratsdirektor Dr. Nüchtern an den Vorsteher Rosenberger richten ließ. „Der Bürgermeister — heißt es in diesem Schreiben — hat sich bereits mündlich und schriftlich in nachdrucksvoller Weise an die Regierung gewendet, daß dieselbe endlich das bereits vor Weihnachten in Aussicht gestellte „Regierungsmehl“ nach Wien schaffe. Die Gemeindeverwaltung hat alles getan, was in ihrem Wirkungskreis möglich ist, um die Mehlabprovisionierung der Stadt zu sichern. Wenn noch immer Mehlnappheit herrscht, so ist ein anderer Faktor schuld und nicht die Gemeindeverwaltung. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, in welcher an die Regierung die Bitte gerichtet wird, unverzüglich zehn Waggons Mülser-Weizenmehl und überdies ein Quantum des zur Erzeugung des Gebäckens unumgänglich notwendigen Mülser-Roggenmehles zu beschaffen, da sonst die Zuckerbäcker gezwungen wären, ihre Betriebe zu schließen, was die Entlassung von vielen hundert Arbeitern zur Folge hätte. Die Versammlung spricht in letzter Stunde die unerschütterliche Erwartung aus, daß diesem dringenden Hilferufe seitens der Regierung Rechnung getragen werde. Diese Erschließung wird dem Ministerium des Innern, des Handels, dem Kriegsministerium, Ackerbauministerium, der Statthalterei und dem Gemeinderatspräsidium übermittelt.